

Unruhe in Köln: Jugendbande erschüttert Innenstadt mit Raubserien

Kölner Jugendbande: Raubserie, falsches Alter, keine Papiere – Wie Behörden mit allein reisenden Minderjährigen umgehen.



Falsches Alter, keine Papiere: Wie die Kölner Jugendbande den Staat vorführt

Eine Serie von Raubüberfällen in der Kölner Innenstadt hat das Sicherheitsgefühl vieler Menschen stark beeinträchtigt. Insbesondere Überfälle auf Halsketten haben für Unsicherheit gesorgt und sind in den sozialen Medien breit diskutiert worden. Betroffen sind vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger, die sich nun fragen, ob die Behörden noch in der Lage sind, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Die Jugendherberge im Fokus: Ein Zufluchtsort für minderjährige Straftäter?

Viele der straffällig gewordenen Jugendlichen stammen aus Krisengebieten wie Afghanistan, Syrien und Marokko und sind ohne Begleitung nach Deutschland eingereist. Sie werden in einer Jugendherberge namens „Pathpoint Cologne“ am Hauptbahnhof untergebracht, die als Erstaufnahmeeinrichtung dient. Die Belegung dieser Unterkunft variiert stark, aktuell leben dort 94 Jugendliche.

Die Jugendlichen erhalten rund um die Uhr Betreuung durch pädagogische Fachkräfte, unterstützt von Hilfskräften und Sprachmittlern. Trotz der ständigen Überwachung und der vorgegebenen Ausgangszeiten sind die jungen Straftäter häufig in der Innenstadt unterwegs, was zu weiteren kriminellen Handlungen führt.

In zwei Durchsuchungen der Jugendherberge wurden bereits Drogen, Goldketten, Handys und weiteres Diebesgut sichergestellt. Trotz Festnahmen sind die Jugendlichen kurz darauf wieder frei und setzen ihre kriminellen Aktivitäten fort. Dies wirft die Frage auf, ob die Maßnahmen der Behörden ausreichend sind, um die Situation in den Griff zu bekommen.

Herausforderungen für die Polizei: Falschangaben und fehlende Dokumente

Ein großes Problem stellt die Altersangabe der Jugendlichen dar. Viele behaupten, jünger als 14 Jahre zu sein, da sie wissen, dass sie dann in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden können. Die Kölner Polizei äußert Zweifel an den Altersangaben und hat in mehreren Fällen medizinische Gutachten in Auftrag gegeben, um das tatsächliche Alter der Verdächtigen festzustellen.

Zudem sind viele der Jugendlichen ohne Papiere, entweder weil sie diese auf der Flucht verloren haben oder bewusst weggeworfen, um ihre Identität zu verschleiern. Dies erschwert die Arbeit der Behörden erheblich und sorgt dafür, dass die Täter häufig nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Politische und soziale Maßnahmen zur Prävention

Politiker und Politikerinnen fordern Konsequenzen und schlagen vor, die Jugendlichen nicht mehr in urbanen Gebieten wie Köln unterzubringen, sondern eher in ländlichen Regionen, wo sie besser überwacht und betreut werden können. Ein weiteres Ziel ist es, die Jugendlichen schneller in andere Einrichtungen zu verlegen, um die Konzentration in einer einzelnen Unterkunft zu reduzieren.

Das Jugendamt betont, dass für straffällige Jugendliche strenge Maßnahmen ergriffen werden, wie z. B. Zimmerkontrollen und eine Null-Toleranz-Politik bei Straftaten von über 14-Jährigen. Dennoch zeigt die aktuelle Situation, dass dies allein nicht ausreicht.

Der Staat könnte durch gezielte Investitionen in Betreuung und Integration der Jugendlichen, sowie durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendamt und anderen Institutionen, weitere Straftaten verhindern. Auch die Bildung von spezialisierten Task-Forces zur Überwachung und Betreuung könnte hilfreich sein.

Langfristig müssen präventive Maßnahmen gestärkt werden, um solche kriminellen Entwicklungen von vornherein zu vermeiden. Dazu gehören unter anderem Bildungsprogramme, Freizeitangebote und berufliche Perspektiven, die den Jugendlichen eine sinnvolle Alternative zur Kriminalität bieten können.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de